

Reader zum 12. bundesweiten Kongress im September 2010
der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

**Krisenpolitik der Gewerkschaften
Kapitulieren oder gemeinsam Kämpfen?
Schluss mit den Zugeständnissen ans Kapital**



I. Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

II. Kongress

Protestbewegung und Widerstandskultur gegen Stuttgart 21 und Gewerkschaften Seite 3

Christa Hourani, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Krisenpolitik der Gewerkschaften und die Aufgaben der Gewerkschaftslinken Seite 5

Jakob Schäfer, Mitglied im Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Wie wehren wir uns gegen das Sparpaket von Kapital und Kabinett Seite 9

Christiaan Boissevain, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Innergewerkschaftl. Demokratie – was hat sich verändert, wie können wir Einfluss nehmen Seite 11

Christa Hourani, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

I.) Informationen über das Netzwerk der Gewerkschaftslinken

Am 15./16. April 1999 trafen sich in Oberursel/Frankfurt ca. 140 GewerkschafterInnen aus der ganzen Bundesrepublik zur Gründung der „Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen“. Was etwas holprig daher kam, war nicht mehr und nicht weniger als ein längerfristig angelegtes Projekt mit dem Ziel, linker Gewerkschaftspolitik größere Geltung zu verschaffen. Vorausgegangen war eine ca. einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Diskussionszusammenhängen und in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „express“, die die InitiatorInnen ermutigte, das erste bundesweite Treffen zu organisieren.

Ausgangspunkt für diese Initiative war die Einschätzung, dass die Gewerkschaften in einer tiefen politischen Krise sind und sie keine kämpferische Politik im Interesse der Lohnabhängigen machen.

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken möchte eine bundesweite ernstzunehmende, basis- und kampforientierte zielgerichtete Initiative sein, auf die nicht nur die Gewerkschaftslinken, sondern auch die breite Masse der Gewerkschaftsbasis setzen kann, um Gegenwehr gegen die Angriffe des Kapitals auf die tariflichen, gewerkschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Werktätigen zu organisieren.

In vielen Betrieben und Gewerkschaften gibt es Kollegen und Kolleginnen, die sich für die gewerkschaftliche Organisation, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für kämpferische Auseinandersetzungen, für demokratische Gewerkschaftsstrukturen einsetzen. Diese KollegInnen sind aber nicht vernetzt und wissen nichts voneinander. Sie schaffen es deshalb oft nicht, ihre Ziele durchzusetzen, weil die Kämpfe einzeln geführt werden.

Ziel der Gewerkschaftslinken ist, diese kämpferischen, engagierten, aktiven, aber zersplitterten KollegInnen zusammen zu bringen, sie in die Forumsarbeit der Gewerkschaftslinken vor Ort einzubinden bzw. neue Foren aufzubauen, um gemeinsame Verabredungen zu treffen. Bundesweit gilt es, diese örtlichen Foren zu vernetzen, gemeinsame Ziele festzulegen, gemeinsame Kampagnen zu organisieren, um dadurch gemeinsam stärkere, kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit auf einer gemeinsamen Plattform zu entwickeln.

Dieses Netzwerk versteht sich nicht als Konkurrenz zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind trotz ihrer Schwäche und Fehler die einzigen Massenorganisationen der Beschäftigten und die erste Adresse für Millionen von Beschäftigten, um sich gegen Angriffe der Arbeitgeber zu wehren. Aber die Politik in den Gewerkschaften ist geprägt vom Comanagement und Zugeständnissen an die Kapitaleseite. Und dieser Politik will die Gewerkschaftslinken eine Alternative entgegensetzen.

Dieses Netzwerk soll die Selbstorganisation der Belegschaften stärken, soll die politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen ermöglichen.

Die Gewerkschaftslinken wendet sich aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Stattdessen will sie dazu beitragen, über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinaus zu denken und Alternativen zu entwickeln.

Vor Ort vernetzen Foren die Arbeit der Gewerkschaftslinken. Durch Veranstaltungen und Forumstreffs wird versucht, die Ziele der Gewerkschaftslinken weiterzuverbreiten, zu verankern und die aktiven Gewerkschafter vor Ort zu vernetzen.

Für Kontinuität sorgen ein bundesweiter Arbeitsausschuss, der Vierteljährlich tagt, und das Sekretariat. Ca. alle 2 Monate erscheint ein Netzwerkinfo, das über betriebliche, gewerkschaftliche, soziale und politische Kämpfe berichtet, auch in anderen Ländern, und zu gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Fragen Stellung bezieht, sowie Vorschläge für gemeinsames Vorgehen entwickelt. Ein bis zwei Mal im Jahr finden bundesweite Kongresse statt, die die Foren und aktiven kämpferischen GewerkschafterInnen bundesweit vernetzen und gemeinsame Positionen und Aktionen festlegen soll.

Wer Interesse an Mitarbeit in den bestehenden Foren hat oder Unterstützung beim Aufbau von neuen Foren haben möchte, kann sich an Hans Kroha (HKroha@t-online.de) oder Christa Hourani (christa.hourani@t-online.de) wenden.

Impressum:

Sekretariat

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 26. September 2010

Weitere Infos unter:

www.labournet.de/GewLinke

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

Protestbewegung und Widerstandskultur gegen Stuttgart 21 und Gewerkschaften

Christa Hourani, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Ich darf euch heute hier in Stuttgart begrüßen – einer Stadt, die wegen ihres Kampfgeistes mittlerweile weltberühmt ist. Ja – die braven Schwaben – wer hätte dies vor wenigen Monaten erwartet – kämpfen sehr nachhaltig und mit immer größerer Beteiligung gegen Europas größtes Infrastrukturprojekt Stuttgart 21. Ein Hauch von Revolution weht durch Stuttgart.

Ich möchte hier weniger auf die inhaltlichen Argumente gegen dieses Projekt eingehen. Dies könnt ihr in den ausliegenden Broschüren und Flyern oder auf diversen Homepages nachlesen. Wichtig ist, auf die Dynamik dieser Bewegung und auf das Verhalten der Gewerkschaften einzugehen, auch was wir Gewerkschafter von diesem Widerstand lernen können.

Im Kampf gegen Stuttgart 21 kristallisiert sich **die gesamte Wut**, die sich die letzten Jahre aufgestaut hat und geht weit über das eigentliche Projekt hinaus.

Es ist die

- Wut auf die Ignoranz gegenüber den Interessen der Bevölkerung durch die Politiker
- Wut auf Korruption, Klüngelwirtschaft, Lügen, Geheimpapieren und- Gutachten
- Wut auf den Abbau der demokratischen Rechte
- Wut auf immer weitere Gängelung und Desinteresse an Mehrheitsmeinungen
- Wut, dass über die Köpfe der Stuttgarter hinweg das Leben in Stuttgart den Interessen weniger Immobilienhaie, Bauunternehmen und Konzernen wie Daimler unterworfen wird.

Diese **Wut ist zu einer starken Kraft geworden**. Der Beginn des Abrisses des Nordflügels Ende Juli hat nicht zu Resignation und Ohnmächtigkeit geführt, sondern sich – trotz Sommerferien - zu einem starken nachhaltigen kreativen Widerstand entfaltet, die Anzahl der Widerständler vervielfacht – bei der größten Demo waren fast 70.000 da. Die S-21-Gegnerinnen und Gegner haben ihre Macht entdeckt, haben in vielen Aktionen ihre Kraft erlebt und verstärkt. Viele von ihnen sind zum ersten Mal in ihrem Leben auf Demonstrationen gegangen oder haben sich an Blockaden beteiligt. Und sie sind stolz darauf. Der Protest ist in allen Bevölkerungsschichten breit verankert.

Es ist eine **nachhaltige Kultur des zivilen Ungehorsams** entstanden. So gab es u.a.

- Zahlreiche Straßenblockaden, Kreuzungsblockaden, Blockade der Bundesstraßen 10, 14 und 27
- Spontan-Demos in absoluten Tabubereichen wie Königstraße und Bannmeile des Landtags
- Besetzungen des Rathauses
- Blockaden des Bauzauns und Besetzung des Baugeländes
- Besetzung des Nordflügels und der Bahnhofshalle, sowie Zug- und Gleisblockaden
- Besetzung des Baggers und Ankettung am Betankungsfahrzeug für den Bagger
- Baubesetzungen und Aufbau einer Zeltstadt im bedrohten Schlossgarten

Der Widerstand hat eine sehr **kreative bunte vielfältige Widerstandskultur** hervorgebracht:

- Der Bauzaun ist in wenigen Tagen zu einem Gesamtkunstwerk geworden, der die ganze Vielfalt der Bewegung, Witz, Tiefgang der Gedanken, Kultur, Politik, widerspiegelt.
- Buttons, Aufkleber, Einkaufstaschen, T-Shirts und Fahnen prägen das Stadtbild.
- Kulturelle Beiträge begleiten alle Demos und Aktionen, zeigen die Verbundenheit der Kulturschaffenden mit dem Widerstand und machen den Protest sehr lebendig und schön.
- Viele Widerstandslieder sind entstanden, werden bei vielen Aktionen gesungen und stärken diese.
- Die Gesprächskultur in Stuttgart hat sich geändert. Es wird überall diskutiert, miteinander geredet – am Bauzaun, bei den Aktionen, in der S-Bahn, im Betrieb. Die Begrüßung heißt nicht mehr „Grüß Gott“, sondern „oben bleiben“. Die Anonymität der Großstadt ist zurückgedrängt, das Miteinander ist ins Zentrum gerückt.
- Der Bahnhof hat einen „südländischen Flair“ bekommen – dort ist immer was los. Aktionen, kulturelle Veranstaltungen, Diskussionsgruppen, Infostände, Mahnwachen, Blockaden, Kundgebungen.

Der Widerstand macht nicht nur stark und bildet – er macht auch einfach richtig Spaß.

Viel können die **Gewerkschaften von diesem Widerstand lernen**:

- Wie Nachhaltigkeit und Stärke in einer Protestbewegung entsteht
- Wie sich Kreativität entwickelt, wenn sich eine Bewegung entfalten kann
- Wie sich Eigeninitiative verstärkt, wenn nicht alles von oben vorgegeben wird

- Wie im Laufe des Protestes immer weiter über den Tellerrand geschaut wird und andere Themen ebenso von Bedeutung werden, angenommen werden, ins Blickfeld geraten
- Wie Kultur eine Bewegung belebt, Dynamik und Kraft gibt und die Teilnehmenden bildet
- Wie kreativer Widerstand Kraft gibt und Spaß macht
- Wie ziviler Ungehorsam eine Protestbewegung stärkt und breit getragen wird

Doch: Trotz Beschlüsse vieler Delegierten- und Funktionärsversammlungen (DGB, verdi, IGM, GDL) gegen Stuttgart 21 sind die **Gewerkschaften als Organisationen in der Protestbewegung nicht verankert**, weil die Hauptamtlichen mehrheitlich diese Proteste nicht unterstützen bzw. viele für S21 sind. Eine Ausnahme hier in Stuttgart ist einzig verdi.

Zu einem ersten Affront kam es bereits auf der Antikrisen-Demo am 12.6., zu dem auch S-21-Gegner breit mobilisiert hatten. Dort konnten Befürworter von S21 sprechen und die verdi-Landesvorsitzende erklärte, das S21 sowieso nur ein Problem der Bewohner der Stuttgarter Halbhöhenlage sei.

Bei der **IGM** war es ein **heftiges und langes, aber dann doch erfolgreiches Ringen**, um den Beschluss gegen S21 durchzusetzen. Das **Ringens um die Umsetzung** dieses Beschlusses ist noch im Gang. Auf der letzten Delegiertenkonferenz wurde vereinbart, dass ein Vertreter des Ortsvorstandes auf der Montagsdemo für Baustopp und Volksentscheid spricht. Am Mittwoch dieser Woche wurde vom Stuttgarter Metallertreff auf der großen Funktionärskonferenz der IGM zum Auftakt des heißen Herbstes ein Flugblatt verteilt, um die Zusammenhänge zwischen dem Protest gegen das Sparpaket und gegen S21 aufzuzeigen und die Notwendigkeit der Verbindung dieser Bewegungen zu verdeutlichen. Beides wird von der IGM-Spitze – trotz anderer Beschlusslage - nach wie vor nicht angestrebt. Wenn wundert's, ist doch der baden-württembergische Bezirksleiter Jörg Hoffmann Mitglied im Kommunikationsbeirat für S21. D.h. es wird noch vieler inhaltlicher Auseinandersetzungen bedürfen, viel Nachdruck benötigen, um eine Änderung der Politik durchzusetzen.

Nach neuesten Infos hat es der Bezirksvorstand des DGB BaWü abgelehnt, einen Vertreter der S 21 Proteste auf der Kundgebung am 13. November reden zu lassen. Das Bündnis gegen S21 hatte dem DGB vorgeschlagen, die Demo am 13. November zu unterstützen, wenn ein Redner des S 21 - Widerstands reden darf. Das Bündnis hätte auf eine eigene Demonstration an diesem Wochenende verzichtet und zur Gewerkschaftsdemo aufgerufen, was vermutlich zu 20 000 zusätzlichen Demonstranten für die Gewerkschaftsdemo geführt hätte. Dies lehnt der DGB, bei dem die IGM maßgeblich ist, nun ab.

Viele **ehrenamtliche GewerkschafterInnen sind teil der Protestbewegung**, so dass bei allen Demos auch Gewerkschaftsfahnen, -mützen und pfeifen zum Einsatz kommen. Das Netzwerk „Gewerkschafter gegen S21“ hat sich vor einigen Monaten gegründet und versucht, die aktiven Gewerkschafter zu vernetzen, den Druck auf die Gewerkschaften zur aktiven Mitarbeit im Bündnis zu erhöhen und den Protest verstärkt auch in die Betriebe zu tragen. Dies sind erste positive Ansätze.

Für die nächsten Wochen ist wichtig, aus den Betrieben heraus, aus den Vertrauenskörpern heraus, verstärkt Druck auf die Gewerkschaftsführungen zu machen, dass die Proteste gegen S21 und gegen das Sparpaket der Bundesregierung zusammenwachsen und sich gegenseitig stärken.

Beide Kämpfe sind **Umverteilungskämpfe**. Wir sollen bezahlen. Die 10 Mrd. für S21 werden der Stadt und den umliegenden Kommunen fehlen bei Schulen, Kindertagesstätten, öffentlichem Personennahverkehr, Gesundheitsversorgung, Schwimmbäder, Büchereien und vielem mehr.

Andererseits werden die Reichen immer mehr und besser gefüttert.

Im Bund, wie im Land und der Kommune werden soziale Errungenschaften abgebaut, demokratische Rechte geraubt, über unsere Köpfe hinweg entschieden. Die Verschmelzung von Kapital und Kabinett ist immer offensichtlicher.

Diese Angriffe brauchen eine **gemeinsame Gegenwehr** – von allen Kräften und Bewegungen - wenn wir erfolgreich sein wollen. Die gewerkschaftlichen Proteste können von dem Mut, der Kraft, der Nachhaltigkeit und der Entschlossenheit der S21-Gegner partizipieren. Die S21-Gegner können Koordination und langfristige Planung von den Gewerkschaften lernen. Und die **Linken Kräfte** in beiden Bewegungen haben die Aufgabe, eine antikapitalistische Perspektive in diese Bewegungen zu tragen.

Zur Krisenpolitik der Gewerkschaften: Kapitulieren oder gemeinsam kämpfen? Schluss mit den Zugeständnissen an das Kapital!

Jakob Schäfer, Mitglied im Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Es darf bei uns keine Zweifel geben:

Die Angriffe von Kabinett und Kapital laufen immer noch ungebrochen, die Kräfteverhältnisse zwischen der lohnabhängigen Bevölkerung auf der einen Seite und den Herrschenden in diesem Land auf der anderen sind immer noch sehr ungünstig, was sich allein daran ersehen lässt;

1. dass die Erwerbslosenzahlen weiterhin sehr hoch sind;
2. dass der Niedriglohnsektor und die Zahl der prekär Beschäftigten immer größer werden;
3. dass die Privatisierungen nicht gestoppt sind;
4. dass die Politik den Klimawandels weiter vorantreibt, indem sie die Interessen der Industrie vor die der Menschen setzt; und
5. dass in der Krise im Wesentlichen wir bezahlen. Verluste werden sozialisiert, Gewinne bleiben privat.

Und wir zahlen drauf bei allem, was unsre Daseinsvorsorge betrifft, von den kommunalen Einrichtungen bis zur Gesundheitsversorgung, den Krankenkassenbeiträgen usw.

Und die Rente mit 67 wird nicht über eine Aufklärungskampagne gestoppt. Dessen sind wir uns sicher alle bewusst.

Wir sollten uns ein Beispiel an den Kolleginnen und Kollegen in Frankreich nehmen. Dort waren es gestern – an einem Werktag! – 3 Millionen, die auf der Straße waren. Auf diesem Niveau muss weitergekämpft werden und zwar nicht nur mit überschaubaren Aktionen, deren Ende schon vorher festgelegt ist. 2006 hat in Frankreich eine breite Bewegung das Ersteinstellungsgesetz gekippt und zwar zu einem Zeitpunkt, als das Gesetz schon verabschiedet war!

Bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit in Frankreich ist so lange noch nichts wirklich entschieden, wie die Bewegung anhält. Auch dort wird von den Gewerkschaftsführungen nur zögerlich gehandelt, aber die breite Masse der KollegInnen ist ganz klar zum Kampf entschlossen. Wer gestern das französische Fernsehen angeschaut hat, konnte davon einen guten Eindruck bekommen.

Ob es gelingt, in dieser Bewegung für die Herrschenden unberechenbar zu werden (so wie 2006), das wissen wir heute nicht, aber hoffen wir es! Es wäre eine wundervolle Ermutigung für uns in Deutschland, denn hier fehlt nicht nur der Wille der Gewerkschaftsführungen (und zwar noch viel mehr als in Frankreich), es fehlt auch über weite Strecken die Zuversicht und das Selbstvertrauen der KollegInnen. Vor allem gibt es bei uns eine bedeutend geringere Bereitschaft zur spontanen Aktion und zur eigenständigen Organisierung von unten. Hier gibt es noch viel zu tun.

Unter den gegebenen Bedingungen in Deutschland gilt immer noch:

Der einzige größere, *potenziell wirksame* Akteur gegen die Sparpolitik und die weitere Umverteilung von unten nach oben sind die Gewerkschaften. Diese leiden aber unter einem doppelten Manko:

Erstens ist ihre Argumentation nicht in sich schlüssig und deswegen nicht wirklich überzeugend. Sie können auf diese Weise keine Meinungsführerschaft aufbauen.

Zweitens haben die Gewerkschaften aufgrund ihrer Politik in den vergangenen Jahren sehr viel an Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft verloren, so dass sie große Mobilisierungsschwierigkeiten haben. Dies wiederum verstärkt ihre Politik des Aussitzens und der Konfliktvermeidung mit den Herrschenden. Die Gewerkschaften können sich nämlich nicht mehr der Unterstützung der KollegInnen sicher sein. So wie früher – etwas vereinfacht ausgedrückt – mal den Lichtschalter anknippen und alle gehen raus (wie dies im Ansatz und *unter bestimmten Voraussetzungen und sehr begrenzt* noch bei einigen Großbetrieben der Fall ist), davon sind wir heute in der Bundesrepublik weit entfernt

Da die Gewerkschaften aber nicht ohne weiteres in ein Dienstleistungszentrum transformiert werden können (auch wenn manche Hauptamtliche dies wollen) müssen sie wenigstens hin und wieder als Sprecher der abhängig Beschäftigten auftreten.

In Zeiten verschärfter Sparpolitik erhöht sich dieser Druck, und zwar umso mehr, je aktiver andere Kräfte werden. Heute haben wir nicht nur ein existierendes Anti-Krisenbündnis („Wir zahlen nicht für eure Krise“), sondern auch auf vielen anderen Politikfeldern mehren sich die Protestaktionen. Fast jeden Samstag wird heute in Berlin demonstriert (Überwachungsstaat, Gesundheitsreform, Klimawandel... und vor allem gegen die Atompolitik der Bundesregierung.). Auch und gerade die Aktionen zivilen Ungehorsams nehmen wieder zu. Bei der Aktion „Castor schottern“ im November werden Hunderte, wenn nicht Tausende erwartet.

Die Gewerkschaften, die in der Vergangenheit als der einzige bedeutsame Akteur außerhalb des bürgerlichen Machtapparats angesehen wurden, werden auf diese Weise als ein Akteur unter vielen begriffen und noch nicht mal als der mit Abstand wichtigste.

Nehmen wir Stuttgart 21. Hier hätten die Gewerkschaften von vornherein an vorderster Front sein müssen. Die örtlichen Gliederungen der IGM haben – nach einigem Zögern und erst unter dem Druck von unten – sich gegen Stuttgart 21 positioniert, aber getan haben sie nichts und auch im Newsletter Extranet der IG Metall ist davon nichts zu lesen!

Bei ver.di sieht dies besser aus. Auch hat Bsirske eine Grußbotschaft an die KundgebungsteilnehmerInnen gerichtet. Man muss sagen, dass ver.di da schon etwas anders mitmischt, zumindest für den Bezirk Stuttgart lässt sich dies ganz klar sagen. Auch in der Vorbereitung auf die Aktionswochen 24. Oktober bis 13. November macht ver-di in manchen Bezirken den aktiveren Eindruck. Aber das wird nicht reichen. Die bisher absehbaren Aktionen werden das Sparpaket nicht kippen.

Daneben werden die DGB-Gewerkschaften auch noch auf einem anderen Gebiet, nämlich ihrem ureigensten Gebiet der Tarifpolitik herausgefordert. Aufgrund der völlig unzureichenden Tarifierhöhungen seit Anfang der 90er Jahre haben sich bestimmte Spartengewerkschaften aus der Tarifunion mit den DGB-Gewerkschaften gelöst (Marburger Bund, GDL, Cockpit) oder sich sogar neu gegründet (UFO usw.).

Die „Christlichen“ waren im Grunde nie eine wirkliche Gefahr für den Einfluss der DGB-Gewerkschaften. Nur in wenigen Betrieben ist es den „Christlichen“ gelungen, den Flächentarifvertrag (mit Hilfe der Rechtsprechung zum Vorrang der Spezialisierungstarifverträge) zu unterlaufen.

Statt aber nun die neue Rechtsprechung des BAG als eine Chance zu begreifen, die „Christlichen“ in ihre Schranken zu weisen, hat der DGB mit der BDA (dem Klassengegner) eine gemeinsame Gesetzesinitiative ergriffen, um sich das Monopol für den Abschluss von Tarifverträgen zu sichern und hat dabei nicht vor der Festlegung eines Streikverbots für andere Organisationen zurückgeschreckt. Diese Machterhaltungspolitik wie sie für eine Bürokratie so typisch ist, hat dem Ansehen der Gewerkschaften weiteren enormen Schaden zugefügt und wird bei den anderen Gewerkschaften nicht gerade die Bereitschaft zur Kooperation (oder gar zur Tarifunion) fördern.

Nicht besser ist es mit der erneuten Unterschrift unter den Tarifvertrag zur Leiharbeit. Seit 2 Jahren schon tritt die IG Metall für einen „fairen“ Umgang mit Leiharbeit ein. Faktisch erreicht hat man damit so gut wie gar nichts. Die Zahl der Leiharbeitenden steigt. Zurzeit sind es schon wieder über 800 000. Da sind die wenigen betrieblichen Vereinbarungen zur Gleichstellung von Leiharbeitenden nur ein Tropfen auf den heißen Stein (sie werden natürlich auch gar nicht wirklich gleichgestellt, auch nicht bei Audi und BMW).

Eine wirklich wirksame politische Kampagne gegen die Ungleichbehandlung wäre nur möglich, wenn man nicht selbst entsprechende Dumping-Tarifverträge unterschrieben hätte. 7,60 € ist der Lohn für einen Leiharbeiter/eine Leiharbeiterin in der Entgeltstufe 1, in Ostdeutschland 6,65 €! Das muss man sich mal geben: 6,65 €!! (Tarifvertrag mit der IGZ, unterschrieben am 30.4.2010 und gültig seit dem 1. 7.2010, und zwar bis 2013!!)

Zum Überschreiten der Armutsgrenze müssten 11,30 € gezahlt werden! Die Gewerkschaften fördern also die Ausdehnung der Billiglöhne. In Zeiten, in denen Gerichte den sogenannten „Christlichen“ zunehmend die Gewerkschaftseigenschaft absprechen (weil nicht tariffähig, sie haben keine Durchsetzungsmacht), hätten die Gewerkschaften wachsende Chancen im Kampf gegen das Unterlaufen der EU-Richtlinie „Equal pay and equal treatment.“

Denn das Unterlaufen funktioniert nur, wenn eine Gewerkschaft ihre Unterschrift unter einen solchen Unterlaufungsvertrag setzt.

Nur ein Beispiel, wie man sich wehren kann. Bei uns im Betriebsrat fahren wir seit Jahren die Linie, dass wir die Einstellung von Leiharbeitenden ablehnen. Unsere Begründung: Diese Einstellungen widersprechen dem Gleichbehandlungsgrundsatz und der EU-Richtlinie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Erst wenn die Geschäftsleitung uns nachweisen kann, dass die entsprechende Leihkraft den gleichen Lohn bekäme, wie der Kollege nebenan, der einen festen Vertrag hat, würden wir zustimmen. Und wir lassen der Geschäftsleitung sogar einen Ausweg, der aber natürlich nur ein *scheinbarer* Ausweg ist (was auch alle wissen): Wenn die Geschäftsleitung der Leihkraft zusätzlich die Lohndifferenz zum normalen Arbeitsplatz zahlt, würden wir zustimmen. Das dokumentieren wir jeweils fein säuberlich und wehren damit seit Jahren die Einstellung von Leihkräften ab, denn zusätzlich die Lohndifferenz zu bezahlen würde heißen, dass

- die Leiharbeitsfirma 23 Euro bekommt, wovon nur 7,60 Euro (brutto!) bei dem Kollegen oder der Kollegin ankommen.
- und dass *zusätzlich* zu den 23 Euro für die Leiharbeitsfirma unsere Firma noch mal 8 –10 Euro an die Leihkraft bezahlen müsste. Das würde sich nicht mehr rechnen.

Was macht also unsere Geschäftsleitung? Sie stellt befristet ein (das ist noch nicht das, was wir wollen, aber in der Hälfte der Fälle wird mindestens verlängert oder auch nach Ablauf von 1 Jahr direkt übernommen).

Seitdem das Synchronisationsverbot gefallen ist (Ende 2002 unter Schröder so beschlossen und seit 1.1.2003 also nicht mehr wirksam) werden Leihkräfte häufig sofort entlassen, wenn sie nicht mehr verliehen werden können und werden dann wieder eingestellt, wenn der Sklavenhändler eine neue Entleihfirma gefunden hat.

Bisher hat die Geschäftsleitung noch nie versucht, unsere fehlende Zustimmung zur Einstellung von Leihkräften vom Arbeitsgericht ersetzen zu lassen. Entweder weil ihnen der Aufwand zu groß war oder weil sie zu unsicher waren, wie die Sache ausgeht. Auf jeden Fall gibt uns der Erfolg Recht. So manche unserer KollegInnen, die wir heute haben, waren früher mal Leihkräfte in anderen Firmen und sind dankbar für die klare Haltung des Betriebsrats.

Wir können also was machen und müssen nicht auf die Vorstände warten. Aber das entlässt die Vorstände keineswegs aus ihrer Verantwortung, denn sie haben eine ganz andere Wirkungsmöglichkeit und geben für viele Dinge den Rahmen vor, den wir oft überhaupt nicht verändern können.

1995 betrug der Anteil der Niedriglöhner 15%, 2007 waren es schon 22%, Tendenz weiter steigend.

Machen wir uns nichts vor: Letztlich beruht das Akzeptieren der Billiglöhne auf der Standortpolitik. Unsere Gewerkschaftsführungen setzen nicht auf internationale Solidarität oder einen Kampf für eine andere Wirtschaftsordnung. Sie setzen auf den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Beibehaltung des Ranges „Exportweltmeister“. Und da hierfür auch die Lohnhöhe ein Faktor ist, ist man halt auch einsichtig und will nicht zu viel fordern, vor allem nicht „zu viel auf einmal.“

Das Akzeptieren und das Übernehmen des Standortdenkens hat seine eigene Logik. Und sie ist erbarmungslos gegenüber den menschlichen Bedürfnissen der Lohnabhängigen, vor allem der Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner.

Schon die mickrige Mindestlohnforderung von 8,50 € ist eine Katastrophe, denn bei 45 Beitragsjahren (wer wird die 45 Beitragsjahre in Zukunft noch haben, wenn Hartz IV praktisch keine Rentenbeiträge mehr zur Folge hat?) und einem Stundenverdienst von 9,47 € bekommt man eine Rente von 676,21 €.

Nach SGB XII beträgt die Mindestsicherung im Alter 676 €.

Mit anderen Worten: Mit dem vom DGB geforderten Mindestlohn käme man also noch nicht einmal auf diesen Mindestsicherungsbetrag, sondern nur auf 606 Euro, also 70 Euro darunter.

Vergessen wir auch nicht, dass beispielsweise mit dem TVöD (vom 13. 9. 2005) eine neue Niedriglohngruppe eingeführt wurde, 300 Euro unter der vorherigen niedrigsten Entgeltstufe.

Die Ausdehnung des Niedriglohnsektors hat auch seine Auswirkungen auf die Hartz IV-Sätze. Denn diese werden errechnet aus den Bezügen des untersten Fünftels der Einkommensbezieher. Also nicht nur das Kapital freut sich über sinkende Reallöhne, sondern auch die PolitikerInnen, die damit die Anpassung von Hartz-IV-Sätzen leichter runterrechnen können. Natürlich ist der Hartz-IV-Satz letztlich eine politische Größe und die magere Anpassung von nicht mal 20 Euro, die jetzt im Gespräch sind, werden hoffentlich zu breiten Protesten führen.

So oder so sieht man aber: Die Verantwortung der Gewerkschaften erstreckt sich nicht nur auf diejenigen, die heute einen Job haben (oder *noch* einen Job haben) und diese Verantwortung ist nicht nur ganz allgemein und abstrakt eine Verantwortung auch für die Erwerbslosen. Alle Bedürftigen leiden darunter, wenn die organisierte Arbeiterbewegung (und das sind nach Lage der Dinge im Wesentlichen die DGB-Gewerkschaften) nicht ihrer Verantwortung nachkommt.

Strategisch gesehen haben die Gewerkschaften heute folgende Hauptaufgaben:

1. Mit einer neuen umfassenden gesellschaftlichen Mobilisierung den Kampf um eine radikale Arbeitszeitverkürzung aufnehmen (bei vollem Entgelt- und Personalausgleich), um mit einer spürbaren Verringerung der Erwerbslosenzahlen die allgemeinen Kräfteverhältnisse zu verschieben.
2. Konsequenter Kampf gegen Billiglöhne und prekäre Beschäftigung. Kündigung der Tarifverträge zur Leiharbeit. Aufruf an alle Betriebsräte, Einstellungen von Leiharbeitenden abzulehnen, solange mit diesen Einstellungen nicht mal die EU-Richtlinie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eingehalten wird. Das funktioniert nachweislich und führt zumindest zu befristeten normalen Einstellungen. Leiharbeit ist heute (seit 2003) praktisch von vornherein ein befristeter Job, aber viel prekärer und miserabel bezahlt.

3. Konsequenter Kampf gegen das Sparprogramm der Bundesregierung: Gegen Rente mit 67 und für die Rente mit 60 ohne Abschläge; gegen die Gesundheitsreform; gegen die Kürzung des Elterngeldes, gegen die Schuldenbremse usw. Aktive Solidarität mit den KollegInnen in Frankreich und jetzt schon anvisieren, dass wir französische KollegInnen zu Kundgebungen in Deutschland einladen. Die Verbindung können wir mit Leichtigkeit herstellen.

Für all dies, für eine konsequentere Politik, ist es erforderlich, dass die Analyse der Krise und des kapitalistischen Systems in sich schlüssiger wird. Die Krise eine Krise nennen ist eine Grundvoraussetzung für eine überzeugende Argumentation.

Seien wir uns dessen bewusst, dass wir eine zugespitzte Systemkrise haben, die es auch als solche zu benennen gilt.

Was sagt der große Vorsitzende meiner Gewerkschaft, der IG Metall?

Berthold Huber im Beirat der IG Metall vor wenigen Tagen:

„Offensichtlich soll verdrängt werden, dass wir nicht nur eine Konjunkturkrise hatten, sondern immer noch in einer ungelösten Strukturkrise stecken [.....]

Solange die Wirtschaft nur auf dem einen Bein des Exportes standsicher geworden ist, beim staatlichen und privaten Konsum aber nach wie vor lahmt, wird es keinen selbsttragenden Aufschwung geben. Und angesichts der weltweiten und der europäischen Risiken ist auch die Entwicklung des Exports unsicher. [Das ist rein kapitalistisches Denken. J.S.]

Zum anderen ist es nicht nur eine Frage des Anstands, Leiharbeiter für dieselbe Arbeit nicht schlechter zu bezahlen als die Stammbeslegschaft. Das hätte auch für die Binnenkonjunktur eine eminente Schubkraft. [warum unterschreibt man dann Tarifverträge mit Hungerlöhnen und gibt überhaupt erst dem Unterlaufen der EU-Richtlinie seinen Segen?]

Und schließlich muss endlich aufgeräumt werden mit dem staatlich subventionierten Lohndumping durch Niedriglöhne. Wir haben heute über 6 Millionen Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten.

Wo wir das nicht mit anständigen Tarifverträgen abstellen können, muss der Staat durch gesetzliche Vorgabe von Mindestlöhnen Haltelinien einziehen. [...] [hier wird keine Zahl genannt!!]

[Zur Tarifeinheit sagt Berthold Huber:]

Die Konkurrenz von Tarifverträgen kann auch uns nicht kalt lassen.

Der DGB und die BDA haben Vorschläge unterbreitet, die auf die Auflösung der Tarifkonkurrenz hin zur Tarifeinheit über das Mehrheitsprinzip abzielen.

Der Gesetzgeber müsste das entsprechend regeln, so der gemeinsame Appell von DGB und BDA. Wir wissen, dass sich gerade in der Krise der Flächentarifvertrag und die ordnungspolitische Funktion [!!!] von Gewerkschaften bewährt haben. Ich erinnere an die solidarische Beschäftigungssicherung über Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit.

Nach dem bisherigen Beratungsstand ist eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes möglich, ohne die Tarifautonomie zu beschädigen oder das Verfassungsrecht zu verletzen.“ [B. Huber distanzier sich also nicht von der DGB-BDA-Initiative, sondern rechtfertigt sie auch noch.]

Berthold Huber vor dem Beirat 14.09.2010, Frankfurt

Wenn wir den KollegInnen keinen Sand in die Augen streuen wollen, dann müssen sagen, was für eine Krise wir haben, nämlich eine Systemkrise,

- weil die Wirtschaftskrise nicht überwunden ist (in den Kommunen wird es erst noch wirklich dramatisch, bisher haben wir nur die Vorboten),
- weil wir parallel dazu eine Ernährungskrise haben,
- außerdem eine Energiekrise (der Peak Oil, also das Ölfördermaximum) steht bevor oder ist schon erreicht)
- und einen Klimawandel, der im Kapitalismus nicht mal gebremst werden kann. Von der Steigerung der Gefahren, die von der Atomindustrie ausgehen, ganz zu schweigen.

Die Krise darf nicht nur mit Vorschlägen zur Ausdehnung der Kurzarbeit beantwortet werden. Die Verschrottungsprämie ist Gift für die Umwelt, ein Umsteuern der Produktion ist erforderlich und dafür braucht es eine Perspektive, die nicht an das kapitalistische System gekettet ist.

Wie wehren wir uns gegen das Sparpaket von Kapital und Kabinett

Christiaan Boissevain, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Zunächst eine kurze **Politische Einschätzung der geplanten Herbstaktionen**

Meines Erachtens sind die Aktionswochen mit folgenden zwei Problemen behaftet:

1. Die politische Zielsetzung der Aktionswochen bleiben letztlich beschränkt auf einem mehr oder weniger hilflosen Appell an die Regierung "eine andere, sozialere und gerechtere Politik" zu machen, mit der illusionäre Perspektive über Wahlen dahin zu kommen. Zwar werden in den Materialien für die Aktionen die Folgen der verschiedenen Gesetzesvorhaben richtig benannt und damit kann durchaus in den Betrieben gute Aufklärungsarbeit gemacht werden, um die KollegInnen aktionsbereit zu machen. Aber, den meisten KollegInnen ist völlig klar, dass alle Regierungsvorhaben auf ihre Kosten gehen werden, auch wenn ihnen die Details nicht bekannt sind. Es fehlt hauptsächlich nicht an Aufklärung, sondern an den für die KollegInnen erkennbaren Willen der Gewerkschaftsspitze, auch nur eines (wenn nicht alle) dieser Vorhaben durch die selbständige Mobilisierung der Beschäftigten, unabhängig von der Wahlebene VERHINDERN zu wollen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die DGB-Gewerkschaften sich nicht entscheiden konnten, das Sparpaket ins Zentrum der Mobilisierungen zu stellen. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind je nach Region, Gewerkschaftsbezirk oder gar Verwaltungsstelle unterschiedlich, so dass schon auf dieser Ebene das endgültige Ziel der Aktionen unklar bleibt.

Es wird in den Verlautbarungen der Gewerkschaften zum Teil durchaus kritisch auf die Mobilisierungen in den letzten Jahren gegen Sozialabbau, Rente mit 67 usw. usf. Bezug genommen. In der Weise, dass zugegeben wird, dass nach verschiedenen großen Aktionen der Gewerkschaften in den letzten Jahren, die Fortsetzung gefehlt hat. Aber genau da bleibt es heute auch stecken. Nirgends ist zu lesen, außer bei Verweisen auf die Wahlebene, wie es nach den Aktionswochen mit den Protesten weitergehen soll, und welches Ziel damit angestrebt wird. Auch bei der Lektüre der Referate, die auf der Sindelfinger IG-Metall Funktionärskonferenz am letzten Mittwoch zu den Aktionswochen gehalten wurden, konnte ich auch aus unserem IG-Metall Vorzeige Bezirk Stuttgart keine Mobilisierungsperspektive nach den Herbstaktionen erkennen. Lange Rede - kurzer Sinn: die Gefahr besteht, dass die ganzen Aktionswochen, unabhängig davon wie gut und erfolgreich sie auch in den Betrieben umgesetzt werden, nur zum Dampfablassen stattfinden sollen.

2. Alle Gewerkschaften planen ihre Aktionen für sich, bisher ohne erkennbaren Willen, zu einer gemeinsamen geballten Aktion zum gleichen Zeitpunkt aller Gewerkschaften zu kommen. Eine gemeinsame Aktion, die für Regierung *und* Kapital massiv spürbar wäre! An die zeitliche Versetzung der Aktionswochen von IG-Metall und Ver.di ist nicht mehr zu rütteln und machen eine solche Perspektive erst mal unmöglich. Dies ist politisch von den Gewerkschaftsspitzen nicht gewollt. Die internationale Gewerkschaftsdemo am 29. September in Brüssel ist für eine gemeinsame Mobilisierung aller Gewerkschaften in der BRD kein Ersatz. Es wird also zu vielen dezentralen Aktionen, Demos, Kundgebungen, betrieblichen Aktionen zu den unterschiedlichsten Zeiten, kommen. Das Problem wird also sein, wie diese relativ zersplitterte Mobilisierungen einerseits für die beteiligten KollegInnen als gemeinsame Erfahrung wahrgenommen werden und gleichzeitig gesellschaftlich / medienwirksam in Erscheinung treten können.

Die "betrieblichen Aktionen"

Unterhalb der Ebene einer großen gemeinsamen Mobilisierung aller Gewerkschaften zur gleichen Zeit, weist die Ankündigung von "Aktionen in den Betrieben" dennoch in die richtige Richtung. In die Richtung von politischen Streiks. Das ist neu und kann unabhängig von der Absicht der Gewerkschaftsführungen, "nur Dampf abzulassen" durchaus zu neuen Kampferfahrungen und Stärkung des Selbstbewusstseins der Beschäftigten führen. Dabei sollte es für uns nicht entscheidend sein, ob die betrieblichen Aktionen auch als solche (also politischen Streiks) benannt werden, sondern dass sie überhaupt in **nennenswertem** Maße stattfinden. Das scheint mir heute noch nicht absehbar. Aber vielleicht kann die Diskussion uns da einen besseren Überblick verschaffen.

Zum Beispiel ver.di München hat sich das lobenswerte Ziel gesetzt, dass in **allen** Betrieben ihres Bereiches irgendeine Aktion stattfindet. Dagegen will die IG-Metall München, dass "nur" die großen Automobil-Buden Aktionen während der Arbeitszeit machen. Das ist natürlich trotzdem super, aber warum die Aufforderung an die kleineren Betrieben nicht rausgeht, ihren Möglichkeiten nach Aktionen zu machen, bleibt ein Geheimnis der Münchner IG-Metall Ortsverwaltung. Bis heute ist mir nicht bekannt, ob es in München überhaupt eine Funktionärskonferenz der IG-Metall zu den Aktionswochen geben soll. Aber vielleicht kommt das noch. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Anders bei Ver.di, IG-Bau, Agrar Umwelt.

Einzelne Ver.di Ortsverbände, zusammen mit örtlichen Anti-Krisen Bündnissen, so in Kiel und Braunschweig, haben am 7. Sept. erste Demonstrationen gegen das Sparpaket gemacht (Kiel mit 2000, Braunschweig mit 2500 TeilnehmerInnen). Die IG-Bau hat am 10. Sept. eine Unterschriftenkampagne gegen die Rente mit 67 gestartet. Ziel sind dort 60.000 Unterschriften!

Ver.di München hat eine offene "Aktivenkonferenz" gemacht, auf der sehr erfolgreich für die betrieblichen Aktionen geworben wurde. Auch kleinere Einheiten z.B. ErzieherInnen, konnten sich so mit ihren Vorschlägen und Ideen für Aktionen und Aktiönchen einbringen. Besonders erfreulich war, dass die ehemalige Streikleitungsstruktur der Kita-Beschäftigten im Rahmen der Vorbereitungen der Aktionswochen auf Initiative einzelner KollegInnen wiederbelebt werden soll. Dies wurde begeistert als Superidee aufgenommen.

Was können / sollten wir während den Aktionswochen tun?

Im Rahmen der jetzt so und nicht anders geplanten Aktionswochen müssen wir an dem bestehenden Vorschlag des DGB, den betrieblichen Aktionen, anknüpfen und diesen - wo möglich - versuchen auszudehnen. Unsere Aufgaben in den nächsten Wochen wäre, in allen gewerkschaftlichen Gremien, VKs, BRs / Personal-Räten, Funktionärsgruppen, dafür einzutreten, das:

1.) es auch wirklich zu nennenswerten betrieblichen Aktionen kommt und unabhängig davon, in welcher Form, die Aktionen in den jeweiligen Betrieben stattfinden,

2.) diese mit einer Perspektive verbunden werden, von den betrieblichen Aktionen ausgehend, die KollegInnen gemeinsam auf die Straße zu bringen.

3.) es sinnvoll wäre, wie in einzelnen ver.di und IG-Metall Bezirken bzw. Ortsverbänden geplant, zu versuchen, **überall** örtlich „einen gemeinsamen Aktionstag“ von ver.di und einen "gemeinsamen Aktionstag" der IG-Metall während der Arbeitszeit vorzuschlagen. Letzteres unabhängig von dem gemeinsamen dezentralen Aktionstag am 13. November in Stuttgart, Nürnberg, Berlin und Dortmund, der wie üblich an einem Samstag stattfindet.

4.) inhaltlich bei allen Gelegenheiten (Demos, Kundgebungen, Betriebsversammlungen usw. usw.) während den Aktionswochen einbringen, dass die betrieblichen Aktionen ein Riesenfortschritt sind, aber voraussichtlich nicht ausreichen werden, auch nur irgendein Vorhaben von Regierung und Kapital zu Fall zu bringen, und dass es dazu weiterer Aktionen bedarf. Wir sollten, anknüpfend an den gemachten Erfahrung mit den dezentralen und von Verdi und IG-Metall zeitlich versetzten betrieblichen Aktionen, folgenden Vorschlag machen: **"einen gemeinsamen betrieblichen Aktionstag aller Gewerkschaften zur gleichen Zeit"**.

Innergewerkschaftl. Demokratie – was hat sich verändert, wie können wir Einfluss nehmen

Christa Hourani, Mitglied im Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Gewerkschaften sind Selbsthilfeorganisationen. Sie wurden gegründet, weil abhängig Beschäftigte sich gemeinsam organisieren wollten, um so ihre Interessen dem Kapital gegenüber besser vertreten zu können. Gewerkschaften leben, weil und wenn Menschen mitmachen - bei ihrer Interessensvertretung. Gewerkschaften sind gelebte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Insofern haben Gewerkschaften auch ein vitales Interesse daran, dass Menschen mitmachen, sich einmischen – und vielfältig die Erfahrung machen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren.

So die Theorie. Würde dies gelebt, wäre innergewerkschaftliche Demokratie eine Selbstverständlichkeit, weil ohne sie Engagement nur bedingt wirksam ist.

Wie ist es in den Gewerkschaften um die innergewerkschaftliche Demokratie bestellt? Ich werde mich schwerpunktmäßig auf die IG Metall beziehen, weil ich dort organisiert bin und dies am ehesten beurteilen kann.

Mit Beginn der Krise, aber z.T. auch schon in den vergangenen Jahren, haben sich seitens der Gewerkschaften nicht nur die Zugeständnisse ans Kapital vermehrt, auch demokratische Spielregeln innerhalb der IGM und des DGB haben weiter gelitten. Zwei Seiten einer Medaille.

- Ein Beispiel ist die letzte Tarifrunde der IG Metall, wo die Tarifrunde vorgezogen wurde, und noch innerhalb der Friedenspflicht eine Vereinbarung erzielt wurde. Es gab keine Forderungsdiskussion, keine Meinungsbildung an der Basis, was in der Krise notwendig ist. Bevor die Tarifrunde begonnen hatte, war sie bereits beendet. Den KollegInnen wurde keine Gelegenheit gegeben, sich einzubringen. Damit wurde ein Stück gewerkschaftlicher Demokratie außer Kraft gesetzt.
 - Bei vielen Einzelgewerkschaften kommt es immer wieder zu Nacht- und Nebelabschlüssen. Oft müssen dann bereits organisierte Aktionen und Streiks sehr kurzfristig abgesagt werden und die Funktionäre wie auch die KollegInnen sind darüber sehr empört. So wird ihnen auch die Möglichkeit, den Druck auf das Kapital zu verstärken, genommen. Es gibt keine Gelegenheit, solche Abschlüsse dann ausführlich zu analysieren, diskutieren und ggfs. auch abzulehnen. Die schnellen Abschlüsse führen auch oft zu handwerklichen Fehlern, was das Beispiel TV ÖD zeigt. Leidtragende sind die Mitglieder und Funktionäre, die dies dann Ausbaden müssen. Demokratische Prozesse kommen bei solcher Art von Abschlüssen nicht zum Tragen.
 - Schon seit vielen Jahren beobachten wir auch, wie die betrieblichen Vertrauenskörper immer mehr an Macht einbüßen und Betriebsräte immer mehr Macht gewinnen. Doch: Die Vertrauenskörper sind die Vertretungen der Mitglieder, nicht die Betriebsräte. Doch die Betriebsräte bestimmen weitgehend die Politik und Richtung. Und diese Politik ist standortlastiger und verzichtsorientierter als in früheren Zeiten, als die Vertrauenskörper noch eine stärkere Rolle gespielt haben.
 - Immer häufiger tauchen auch bei den BR-Wahlen alternative Listen auf. Oft sind sie Folge dessen, dass demokratische Spielregeln bei der Listenaufstellung verletzt werden und die Nicht-Berücksichtigten oft keinen anderen Weg sehen, als eine eigene Liste zu erstellen. Oft sind es kämpferische Kollegen, die von der offiziellen IGM-Liste ausgegrenzt werden, weil diese eher auf Schmusekurs mit dem Unternehmen ausgerichtet sind.
 - Gravierendstes Beispiel sind die Verhandlungen des DGB mit dem BDA zur Tarifeinheit bzw. zum Streikrecht. Ohne Auftrag aus der Mitgliedschaft, ohne irgendeinen Beschluss eines Gewerkschaftstages, ohne Diskussion in den Gewerkschaften, trat der DGB in diese Verhandlungen. Über die Medien haben es die Gewerkschaftsmitglieder erfahren. Und es geht dabei um unsere wichtigsten Grundrechte und unsere wichtigste Waffe im Kampf gegen unsere Gegner. Ein unglaublicher Vorgang, ein nicht zu ertragende Verletzung gewerkschaftlicher und demokratischer Prinzipien. Ohne das Recht auf Streik können Gewerkschaftsmitglieder ihre Interessen nicht durchsetzen. Ohne Streikrecht gibt es keine Tarifautonomie. Tarifverhandlungen würden verkommen zu „kollektivem Betteln“.
- Streikrecht und Tarifautonomie müssen gegen alle Angriffe von Arbeitgebern und Politik unbedingt und mit allen Mitteln verteidigt werden. Die von BDA und DGB vorgeschlagene Änderung, verstößt gegen die vom Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie, weil sie das Streikrecht antastet. Wer in Zeiten der kapitalistischen Krise eine Regierung auffordert, das in 60 Jahren seines

unveränderten Bestehens bewährte Tarifvertragsgesetz zu ändern – womöglich noch verbunden mit einer Grundgesetzänderung zur Einschränkung des Grundrechts auf Streiks – liefert die Tarifautonomie auch künftig allen politischen Begehrlichkeiten der Arbeitgeber und ihrer politischen Parteien aus. Es ist – bei aller praktizierten Tarifpartnerschaft – ein elementarer Verstoß gegen die gesamte Geschichte, Politik und Kultur der Gewerkschaftsbewegung, sich mit Arbeitgeber-Organisationen über die Ausgestaltung des Streikrechts zu verständigen und hierzu gemeinsam Gesetzesinitiativen von der Politik zu fordern.

Wo haben wir Ansatzpunkte, die innergewerkschaftliche Demokratie zu stärken, wieder mehr Einfluss von der Basis zu nehmen?

Die **Vertrauenskörper müssen wieder gestärkt werden**, auf- und ausgebaut werden. Und sie müssen von ihren Rechten Gebrauch machen. Nach den Richtlinien für Vertrauensleutearbeit sind die Vertrauenskörper für Delegiertenversammlungen antragsberechtigt und er unterstützt den Ortsvorstand bei der Meinungsbildung zu gewerkschaftlichen Themen und Maßnahmen. Beides, obwohl in den Richtlinien verankert, wird von uns wenig wahrgenommen.

Die Vertrauensleute und Mitglieder von KBA haben es vorgemacht, wie diese „Meinungsbildung“ des Ortsvorstandes möglich ist. Solche Beispiele müssen Schule machen.

Auch das Antragsrecht an Delegiertenversammlungen müssen wir stärker nutzen und damit Einfluss auf die Ortsverbände nehmen.

Grundlage für diese Anträge ist, dass wir wieder verstärkt in den Vertrauenskörpern die **Debatte um gewerkschaftliche, soziale und politische Themen führen** und die **Bildungsarbeit** für eine kämpferische Ausrichtung nützen. Zu oft konzentrieren wir uns auf betriebliche Themen und verlieren gewerkschaftliche Aufgaben aus den Augen. Dies entzieht uns aber die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Einflussnahme. Ebenso ist der **Austausch und die Vernetzung zwischen den Vertrauenskörpern** zu fördern, wo es Arbeitszusammenhänge gibt – im Stadtteil oder inhaltlicher Art oder Mutter/TochterDazu brauchen wir keine Beschlüsse von oben, auch keine Genehmigung, dies muss einfach getan werden. Wir können uns da gegenseitig unterstützen und die Basisarbeit stärken.

Das neue Modewort in der IGM ist **beteiligungorientiert**. Auch wir können dies zu unserem Motto machen – in unserem Sinne auslegen und uns sogar noch auf Beschlüsse beziehen. Wo es möglich ist, fordern wir Mitgliederversammlungen ein: Das ist beteiligungsorientiert. Fordern wir gemeinsame Sitzungen und gemeinsame Aktionen mehrerer Betrieben, wenn sie von Personalabbau oder Schließungen bedroht sind. Das ist beteiligungsorientiert. Fordern wir gemeinsame Beratungen zur Ausgestaltung der Herbstaktionen – kein bloßes Abnicken von vorgefertigten Plänen – das ist beteiligungsorientiert.

Das sind einige wenige Beispiele, wie wir die innergewerkschaftliche Demokratie stärken könnten. Es gibt sicher noch viele andere Wege und Möglichkeiten.

Vergessen wir dabei nicht – innergewerkschaftliche Demokratie nützt uns nichts, wenn wir nicht Schluss machen mit der Politik der Zugeständnisse ans Kapital. **Beides muss Hand in Hand gehen**. Demokratie fördert die Kampfbereitschaft, das Engagement, die Kreativität, die Lust am Streiten, die Selbstorganisation. Kreatives Engagement setzt demokratische Strukturen voraus.

Markus von Berlin wird jetzt diesen Beitrag noch ergänzen und zum Thema Ausschlussverfahren von Kollegen der alternative bei Daimler Berlin sprechen. Er ist im Solidaritätskreis für vom Ausschluss bedrohte MetallerInnen im Mercedes-Benz-Werk Berlin aktiv. Er ist Betriebsrat bei Siemens in Berlin und im Berliner Gewerkschaftslinkenforum aktiv.